



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

NAT/684
Bündnis zur Erfüllung der
Verpflichtungen im Rahmen
des Übereinkommens von
Paris

Brüssel, den 14. Juli 2016

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

Schaffung eines Bündnisses der Zivilgesellschaft und der subnationalen Gebietskörperschaften
zur Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris
(Initiativstellungnahme)

Berichterstatter: **Lutz Ribbe**
Mitberichterstatterin: **Isabel Caño Aguilar**

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss beschloss am 21. Januar 2016, gemäß Artikel 29 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung eine Initiativstellungnahme zu folgendem Thema zu erarbeiten:

Schaffung eines Bündnisses der Zivilgesellschaft und der subnationalen Gebietskörperschaften zur Erfüllung der Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris
(Initiativstellungnahme).

Die mit den Vorarbeiten beauftragte Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt nahm ihre Stellungnahme am 30. Juni 2016 an.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 518. Plenartagung am 13./14. Juli 2016 (Sitzung vom 14. Juli) mit 183 Stimmen bei 1 Enthaltung folgende Stellungnahme:

*

* *

1. **Schlussfolgerungen und Empfehlungen**

- 1.1 Der EWSA begrüßt die Beschlüsse der COP 21 von Paris und sieht in ihnen einen wichtigen Wendepunkt für einen wirkvollen Kampf gegen den Klimawandel.
- 1.2 Allerdings gibt es zwei große Probleme: Zum einen stimmen die eingereichten Ziele für die Reduzierung von Emissionen der einzelnen Mitgliedstaaten (INDC) nicht mit den Ergebnissen von Paris überein. Zum anderen wird – einigen kleinen Fortschritten zum Trotz – die Bedeutung der Zivilgesellschaft nicht hinreichend gewürdigt.
- 1.3 Heute sehen sich zivilgesellschaftliche Akteure großen Hindernissen gegenüber, wenn sie Klimaschutzmaßnahmen initiieren und umsetzen wollen. Das hat vor allem damit zu tun, dass die Politik nicht erkennt, welch großes Potenzial das zivilgesellschaftliche Handeln für Klimaschutz hat. Sie interessiert sich bisher nicht ausreichend dafür, welche Klimaschutzstrategien zivilgesellschaftliche Akteure vorhaben, welche Bedürfnisse sie haben, welche Unterstützung sie brauchen. Zum Teil verhindern sogar regulative Vorgaben zivilgesellschaftlichen Klimaschutz systematisch.
- 1.4 In der Folge finden zivilgesellschaftliche Akteure allzu oft keinen Handlungsrahmen vor, der es ihnen erlauben würde, ihre Pläne für „Klimaschutz von unten“ umzusetzen. Dies liegt auch daran, dass sie ihre Vorhaben nicht finanzieren können, obwohl eigentlich genügend Investivmittel zur Verfügung stehen müssten.

- 1.5 Der EWSA schlägt daher als unmittelbare Antwort auf die Beschlüsse von Paris ein Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft vor. Die Aufgabe des Bündnisses muss es sein, die Hürden für zivilgesellschaftlichen Klimaschutz zu minimieren, indem es:
- Klimaschutz von unten bewirbt und das Prinzip von „global denken, lokal handeln“ neu belebt,
 - unter Berücksichtigung der Heterogenität und Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Akteure das breite Spektrum an möglichen zivilgesellschaftlichen Klimaschutzstrategien erfasst,
 - eine Mehr-Ebenen-Governance entwickelt, die zivilgesellschaftlichen Klimaschutz erleichtert, nicht behindert.
- 1.6 Die Handlungen des Bündnisses müssen auf verschiedenen Politikebenen ansetzen. Im Wesentlichen geht es darum, die fünf Aufgaben umzusetzen:
- (1) Entwicklung eines Verständnisses, welche Klimaschutzstrategien zivilgesellschaftliche Akteure umsetzen wollen, können, könnten bzw. sollen und dürfen, und zwar vor allem auf lokalem und regionalem Niveau;
 - (2) Identifikation und Überwindung struktureller Hindernisse;
 - (3) europaweite Kommunikation von Erfolgsbeispielen;
 - (4) Benennung von Erfolgsbedingungen und -faktoren, vorrangig auf nationaler Ebene;
 - (5) Entwicklung eines politischen Rahmens für die erfolgreiche Umsetzung zivilgesellschaftlichen Klimaschutzes auf allen Ebenen.
- 1.7 Um diese fünf Aufgaben umzusetzen, bedarf es eines strukturierten, aber offenen Dialogs innerhalb des Bündnisses, das in diesem Sinne ein Diskussionsforum darstellen muss. Daher ist es wichtig, dass die Teilnehmer die Heterogenität der Zivilgesellschaft widerspiegeln müssen und eine Kultur der Offenheit, der Kreativität und Kollaborativität entwickeln. Das Diskussionsforum sollte sicherstellen, dass der zu entwickelnde politische Rahmen tatsächlich zivilgesellschaftlichen Klimaschutz unterstützt.
- 1.8 Damit das Bündnis seine Aufgaben erfüllen kann, bedarf es administrativer Unterstützung, mit deren Hilfe
- möglichst viele zivilgesellschaftliche Akteure einbezogen,
 - eine systematische Recherche und Erfolgs- bzw. Misserfolgsanalyse von geplantem und schon realisiertem zivilgesellschaftlichem Klimaschutzhandeln erfolgen kann, auf deren Basis akteursspezifisch prototypische Handlungsmuster beschrieben und

- eine paneuropäische Kommunikation dieser Prototypen konzipiert und umgesetzt werden können.
- 1.9 Mit dem Bündnis aus Politik und Zivilgesellschaft soll ein weiteres Ziel erreicht werden, das der EWSA unterstützt: die Notwendigkeit einer gerechten Veränderung der Arbeitswelt in Richtung Nachhaltigkeit mit einer strukturellen Partizipation der Gewerkschaften und Arbeitnehmerverbände.
- 2. Hintergrund der Stellungnahme**
- 2.1 Die Ergebnisse der COP 21 in Paris stellen einen wichtigen Wendepunkt in den Klimaschutzverhandlungen dar, denn es ist das erste völkerrechtlich verbindliche Übereinkommen, in dem sich ausnahmslos alle Vertragsstaaten verpflichten, die als bedrohlich anerkannten Klimaveränderungen aktiv anzugehen.
- 2.2 Die Weltgemeinschaft hat sich gemeinsam verpflichtet, die Erderwärmung auf unter 2 Grad Celsius – möglichst sogar auf 1,5 Grad – zu begrenzen.
- 2.3 Das Übereinkommen enthält eine weitere wichtige konkrete Handlungsanweisung, nämlich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts globale Treibhausgasneutralität zu erreichen.
- 2.4 Der EWSA hat diese Ergebnisse begrüßt¹, er sieht allerdings auch zwei große Probleme:
- 2.4.1 Erstens korrelieren die von den Mitgliedstaaten eingereichten nationalen Minderungsziele (INDC) nicht mit dem Ergebnis der COP: Ihre Umsetzung würde die Erderwärmung nicht auf 2 Grad Celsius begrenzen, sondern auf 2,5, eventuell sogar auf über 3 Grad Celsius ansteigen lassen.
- 2.4.2 Zweitens wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft nicht hinreichend gesehen. Zwar wurden in der Vergangenheit gewisse Fortschritte hinsichtlich Transparenz und Mitwirkung erzielt, doch die eigentliche Rolle der Zivilgesellschaft in der Klimapolitik ist noch nicht ausreichend verstanden worden: Es sind nicht die Verhandler der COP, sondern die Zivilgesellschaft, die die Ergebnisse von Paris umsetzen und mit Leben erfüllen muss.
- 2.5 Eine Strategie, die Zivilgesellschaft als strategischen Partner zur Umsetzung der COP-Beschlüsse zu nutzen, ist nicht vorhanden oder erkennbar. Dies gilt auch für die Ebene der Europäischen Union, deren Klimaschutzpolitik deshalb neben der „Klimadiplomatie“ ein zweites Standbein erhalten muss. Dieses ist darauf auszurichten, die Bedeutung und Rolle der Zivilgesellschaft zu verstehen, zu stärken und es der großen Vielfalt zivilgesellschaftlicher

¹ [Siehe Debatte in der EWSA Plenartagung am 20. Januar 2016.](#)

Akteure zu erleichtern, Handlungsstrategien für Klimaschutz in ihrem lebensweltlichen Bereich zu entwerfen und umzusetzen.

„Aktionen von unten“ für einen erfolgreichen Klimaschutz

- 2.6 Klimapolitik kann und darf nicht nur „von oben“ verordnet werden, sondern wird nur erfolgreich sein, wenn sie auf breiter Zustimmung und aktiver Mitarbeit bei einer Mehrheit von Unternehmen, den Gebietskörperschaften und der Bürger fußt. Sie wird folglich vorrangig „von unten“ umgesetzt, oder sie scheitert.
- 2.7 Tatsächlich wurden in der Vergangenheit maßgebliche Erfolge in der Nachhaltigkeits- und Klimapolitik deswegen erzielt, weil Vertreter der Zivilgesellschaft – und dazu sind ausdrücklich auch „einfache“ Bürger in ihrer Rolle als Staatsbürger zu zählen – sich nicht darauf beschränkten, nur auf politische Vorgaben zu reagieren bzw. sich als „Instrument der Umsetzung“ zu verstehen. Vielmehr haben gerade sie als Pioniere des Wandels gewirkt und aktiv gehandelt und damit – im Rahmen der ihnen gegebenen Möglichkeiten – wesentliche Erfolge bewirkt - sowie politischen Druck ausgeübt. Dies gilt sowohl technologisch als auch ökonomisch und vor allem aber gesellschaftlich (hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz dieser Technologien, insbesondere aber beim „Mainstreaming“ des Wandels, also dem Sozialen Lernen sowie dem „learning from community“).
- 2.8 Während z. B. die bisherige, für den Klimawandel mitverantwortliche Energieproduktion und -politik zumeist auf endliche Energieträger und große, zentrale Strukturen mit wenigen Playern ausgerichtet war und die Zivilgesellschaft zumeist lediglich als „Konsument“ aufgetreten ist, wird klimaverträgliches Handeln zukünftig viel dezentraler stattfinden und das Engagement aller voraussetzen. Die Bereitschaft dazu ist zweifelsfrei vorhanden, und diese muss konsequent genutzt und gefördert werden.
- 2.9 In dem heute schon zu beobachtenden zivilgesellschaftlichen Handeln schlummert ein enormes Innovationspotenzial, das sich aus dem Denken, Wirken und Handeln von Städten und Gemeinden, Gebietskörperschaften, großen Unternehmen und Gewerkschaften sowie von Privatleuten (Einzelpersonen, Landwirten, Kooperativen, KMU etc.) ergibt.
- 2.10 Dieses Handeln ist heute sehr oft organisationsungebunden und sehr konkret projektbezogen. Gerade daraus erfährt es seine besondere gesellschaftliche Dynamik. Allerdings heißt dies auch: Scheitern solche Initiativen, müssen die Akteure den Misserfolg voll aus eigener Tasche zahlen. Damit sind nicht nur finanzielle Risiken angesprochen. Denn zivilgesellschaftliches Handeln erfordert neben Geld auch Motivation und Engagement, es kostet Zeit. Es muss sich daher „lohnen“ (und dies ist nicht nur ökonomisch zu verstehen), und das Risiko des Scheiterns muss überschaubar sein. Hier ist die europäische und nationale Politik gefragt, einen möglichst breiten und sehr offenen Rahmen für zivilgesellschaftliches Handeln zu schaffen.

Zivilgesellschaftlichem Handlungswillen stehen Hindernisse entgegen, die es zu überwinden gilt:

- 2.11 In der Europäischen Union gibt es zwar bereits zahlreiche Erfolgsbeispiele, die belegen, wie wichtig und wirkungsvoll es ist, wenn sich zivilgesellschaftliche Akteure für Klimaschutz engagieren, doch diese Beispiele werden an keiner Stelle systematisch erfasst und ausgewertet. Es findet keine Auseinandersetzung darüber statt, was aus diesen vielen unterschiedlichen Initiativen politisch gelernt werden kann, welche Hindernisse beseitigt werden müssen, um sie noch erfolgreicher zu machen und zu vervielfältigen, oder aus welchen Gründen sie scheitern.
- 2.12 Außerdem existieren keine validen Anreiz-Schemata, die eine Refinanzierung des eingesetzten Kapitals möglich machen. Es sind auch keine Mechanismen vorhanden, von denen die gewünschte Signalwirkung für nicht-staatliche Akteure jenseits von industriellen Großunternehmen ausgeht. Vielmehr lässt sich heute in Europa sogar ein entgegengesetzter Trend erkennen: die Realisierung entsprechender Initiativen wird durch falsche politische Vorgaben oft zusätzlich erschwert oder sogar unmöglich gemacht. In vielen Fällen besteht also folglich kein (!) Handlungsrahmen für die Erstellung und – mehr noch – für die Umsetzung von Klimaschutzkonzepten durch zivilgesellschaftliche Akteure; sie können ihre Ideen nicht umsetzen. Manchmal ist es schlicht, dass der rechtlich-administrative Rahmen nicht stimmt, manchmal finden sie keine Finanzierung für ihre Vorhaben, in wiederum anderen Fällen erweist sich die Tatsache, dass nach wie vor die externen Kosten der fossilen Energieträger nicht voll internalisiert werden² und so der Kohlenstoff – trotz gegenteiliger Ankündigung – keinen „richtigen“ Preis hat, als unüberwindbares Hindernis.
- 2.13 Allzu oft ist von den „Verlierern“ einer ambitionierten Klimapolitik die Rede und genauso oft wird der Eindruck vermittelt, Klimaschutz bedeute in erster Linie Verzicht. Natürlich müssen die Probleme, die die Transformation hin zu einer weitgehend kohlenstofffreien Wirtschaft mit sich bringt, ausreichend adressiert und berücksichtigt werden. Jedoch müssen auch die positiven Elemente mindestens so stark betont werden, um für eine gesellschaftliche Aufbruchsstimmung zu sorgen. Spätestens die technologischen und ökonomischen Fortschritte der letzten Jahre (etwa bei der Energieerzeugung aus regenerativen Energien, der Speicherung von Energie, vor allem aber auch bei digitalen Anwendungen, die erhebliche Fortschritte bei einer effizienten und intelligenten Ressourcennutzung erlauben) berechtigen zu dieser Stimmung.
- 2.14 Europa ist heute technisch und ökonomisch so aufgestellt, dass Klimaschutz und Nachhaltigkeit einen Gewinn für alle darstellen können. Die Europäische Energieunion setzt genau an diesem Gedanken an. Voraussetzung ist, dass die Politik entsprechende Initiativen unterstützt oder mindestens ermöglicht und nicht – etwa weil sie bestehende Strukturen

²

Siehe IMF Working Paper "How Large Are Global Energy Subsidies?" (WP/15/105).

infrage stellen – zu verhindern versucht. Das im Prinzip leicht erschließbare Potenzial für Veränderungen und Fortschritte beim Klimaschutz wird dann bei Weitem nicht ausgeschöpft.

3. **Dringender Bedarf für ein Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft**

3.1 Wir brauchen einen neuen Ansatz des Mehrebenen-Regierens. Der EWSA schlägt die Schaffung eines ehrgeizigen Bündnisses aus zivilgesellschaftlichen Akteuren, lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und den verantwortlichen politischen und administrativen Strukturen auf nationaler bzw. europäischer Ebene vor.

3.2 Das Bündnis soll:

- die Ansätze auf den unterschiedlichen Politikebenen der Europäischen Union koordinieren, um nichtstaatliche Klimaschutzmaßnahmen zu aktivieren,
- das Potenzial und die Wirkung dieser Maßnahmen verdeutlichen und
- ein Forum für einen strukturierten Dialog zwischen Zivilgesellschaft und den Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene darstellen, in dem zivilgesellschaftliche Akteure ihre Ideen und Umsetzungsprobleme, mit denen sie konfrontiert sind, vortragen, Handlungsempfehlungen an die Politik artikulieren und in dem sie eine qualifizierte Antwort auf die von ihnen aufgeworfenen Fragen und Probleme erhalten.

3.3 Auf diese Weise kann das Bündnis – als Ausdruck eines Mehrebenen-Regierens – dazu beitragen, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe Klimaschutz erfolgreich zu bewältigen.

Klimawandel impliziert Veränderungen im alltäglichen Leben der Menschen

3.4 Die Ziele der COP sind klar benannt und der Europäische Rat hat weitreichende Visionen für ein kohlenstoffarmes, ressourceneffizientes Europa festgelegt. Danach sollen im Jahr 2050 80-95 % weniger Treibhausgase emittiert werden als heute. Dies wird sich auf die Lebenswirklichkeit jedes einzelnen europäischen Bürgers, jedes einzelnen Unternehmens und seiner Belegschaft massiv auswirken.

3.5 Der ESWA hat in seiner Sondierungsstellungnahme zur Nachhaltigen Entwicklung³ bereits beschrieben, wie wichtig es ist, genau diese Fragen der Alltagskonsequenz anstehender grundlegender Politikveränderungen sehr ernst zu nehmen.

3.6 Dem Risiko, dass nachhaltige Entwicklung als Bedrohung und nicht als Zukunftschance angesehen wird, lässt sich begegnen, wenn eine einfache Botschaft vermittelt wird:

³ [ABl. C 128 vom 18.5.2010, S. 18.](#)

Klimaschutz bedeutet Veränderungen, aber jedes Mitglied der Gesellschaft hat die Chance, alleine oder im Verbund mit anderen diese Veränderungen aktiv zu gestalten – und zwar so, dass nicht nur das Klima profitiert, sondern sich auch die Lebensbedingungen vor Ort verbessern.

- 3.7 Diese Botschaft muss sich sowohl an diejenigen richten, die definitiv absehbare „negative“ Veränderungen unmittelbar spüren werden (z. B. der gesamte Bereich fossiler Energien), als auch das gesellschaftlich vorhandene positive Potenzial derer ansprechen und aktivieren, die handlungsbereit sind und anderen als Modell dienen können.

Die große Akteursvielfalt erkennen, akzeptieren und nutzen

- 3.8 Unsere Zivilgesellschaft ist äußerst heterogen. Bei Klimaschutz macht sich dies bemerkbar: Was dem einen Akteur leicht möglich ist, ist für einen anderen Akteur nur schwer zu realisieren. Diese Unterschiedlichkeit muss ernst genommen und diese Vielfalt als Chance begriffen und genutzt werden.

- 3.9 Im Kern geht es darum, „Klimaschutz“ zu konkretisieren. Hier besteht auch ein Wissensdefizit. Denn es sind zwar viele Fallstudien erstellt worden, aber es fehlt eine Systematisierung, die beispielsweise nach Akteurskategorien unterscheidet. Dies erscheint deswegen erforderlich, weil die unterschiedliche Ressourcenausstattung einzelner Akteure auch vollkommen unterschiedliche Handlungsstrategien nahelegt. Zum Beispiel:

- im Bereich von erneuerbaren Energien Initiativen von Hausbesitzern, Mietergemeinschaften oder Gewerbetreibenden, die ihren Strom selbst erzeugen,
- Unternehmer, Start-ups und KMU, die durch die Entwicklung und Nutzung von neuen Technologien, Digitalisierung usw. sowie die Schaffung neuer Geschäftsmodelle (beispielsweise auf der Grundlage der Sharing Economy), Produkte, Dienstleistungen und Arbeitsplätze signifikant zu einer klimaneutralen Gesellschaft beitragen,
- Gewerkschaften, die gemeinsam mit ihren Mitgliedern Klimaschutzprojekte für Arbeitnehmer entwickeln und umsetzen,
- Transition-Town-Initiativen für die Entwicklung von Kohlendioxidsenken (Begrünungen) in ihren Stadtquartieren.

- 3.10 Die beispielhafte Aufzählung verdeutlicht, dass die Ressourcen der zivilgesellschaftlichen Akteure sehr unterschiedlich sind, die Handlungslogik sich aber stets gleicht. Sie werden ihre endogenen, materiellen, finanziellen und zeitlichen Ressourcen nur dann einsetzen, wenn sie eine realistische Chance erkennen, eine unmittelbare Resonanz zu erzielen. Im Umkehrschluss heißt dies auch: Dort, wo eine positive Betroffenheit nicht hergestellt werden kann, droht Inaktivität bis Widerstand (z. B. gegen neue Investitionsprojekte).

- 3.11 Die Beispiele verdeutlichen auch, dass das Spektrum an Handlungsstrategien, die in ganz Europa primär von nicht-staatlichen Akteuren entworfen und umgesetzt werden, so breit und vielfältig ist wie die Zivilgesellschaft selbst.

Klimaschutz von unten als offenen Prozess verstehen lernen und soziale Sicherheit garantieren

- 3.12 Es wäre völlig falsch, wenn die Politik den zivilgesellschaftlichen Akteuren im Rahmen von Top-down-Ansätzen einfach nur eine politisch ausgedachte Rolle zuschreiben würde.
- 3.13 Beim anstehenden Wandel ist ein besonderes Augenmerk auf den Erhalt der sozialen Sicherheit zu setzen. „Klimaschutz von unten“ meint zwar, dass die private Initiative Einzelner an Bedeutung gewinnt und daraus wichtige wirtschaftliche Impulse entstehen, aber dies darf nicht auf Kosten der sozialen Sicherheit gehen.
- 3.14 Es ist daher wichtig, dass die „Klimaschützer von unten“ Teil der Solidargemeinschaft bleiben. In bestimmten Fällen wird dies bedeuten, dass neu zu bestimmen ist, wie die Solidargemeinschaft konstituiert ist und wer welche Beiträge für die Solidargemeinschaft erbringt. Dies ist schon alleine deshalb notwendig, weil bisher die Verfeuerung und Verwertung fossiler Rohstoffe wesentliche Stützen des sozialen Wohlfahrtsstaats waren. Die Abkehr hiervon und der Wandel hin zur weitgehend kohlenstofffreien Wirtschaft dürfen nicht auf Kosten der sozialpolitischen Standards und des Wohlstands gehen, die in der Europäischen Union erreicht wurden. Darauf hat das Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft besonders zu achten; mehr noch: daraus sollten ganz neue Strategien entwickelt werden.

Ein Beispiel hierzu:

- 3.15 Energie aus erneuerbaren Ressourcen kann dezentral mittlerweile so billig hergestellt werden, dass – in Verbindung mit Energieeffizienzmaßnahmen – sogar das Problem der (sozialen) Energiearmut gelöst werden könnte. Die Politik müsste allerdings entsprechenden Initiativen einen guten Rechtsrahmen und Zugang zu Investitionskapital verschaffen.

Das Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft muss das Prinzip „global denken – lokal handeln“ – neu beleben.

- 3.16 Zivilgesellschaftliches Engagement im Bereich Klimaschutz ist meist lokal oder regional ausgerichtet. Die COP-Verhandlungen und viele politische Diskussionen sind jedoch global angesiedelt. Nirgendwo aber gilt der Grundsatz „Global denken, lokal handeln“ mehr als beim Klimaschutz. Die Wirkungen zivilgesellschaftlichen Handelns dürfen sich nicht in einem globalen Raum verlieren, sie müssen unmittelbar, d. h. am Ort des Handelns, erlebbar, erfahrbar, wahrnehmbar sein.

- 3.17 Für die europäische Politik bedeutet dies ein Um- bzw. Weiterdenken: Mit z. B. der JI/CDM-Logik des Kyoto-Protokolls können lokale Initiativen nur wenig anfangen. Dies ist ein grundsätzliches Problem: Denn das Handeln von zivilgesellschaftlichen Akteuren findet regelmäßig auf lokaler und regionaler Ebene statt, die Rahmenbedingungen dafür werden aber vornehmlich auf nationaler und europäischer Ebene gesetzt. Der EWSA beobachtet mit Sorge, dass sich zwischen diesen Ebenen eine Kluft aufzeigt.
- 3.18 Aktiver, praktizierter Klimaschutz durch zivilgesellschaftliches Handeln als zweite, tragende Säule der europäischen Klimapolitik muss vor Ort wirken und manifest werden, oder zivilgesellschaftliche Akteure handeln gar nicht.
- 3.19 Eine wichtige Rolle spielen die Regionen, Städte und Gemeinden. Der EWSA beobachtet mit großer Anerkennung, welche vielfältigen Initiativen hier bereits ergriffen wurden, um diese Aktivitäten zu koordinieren. Man denke u. a. an den „World Summit on Climate and Territories“, den Bürgermeisterkonvent, an das Netzwerk ICLEI etc. Das sind vielfach Initiativen, die mittlerweile auch auf unterschiedliche staatliche Unterstützung bauen können.
- 3.20 Regionalentwicklung und klimaschonende Energiepolitik könnten sich gut ergänzen, wenn die dezentrale Energieproduktion durch lokale oder regionale Strukturen geschehen und so die Wertschöpfung aus der Nutzung von Wind, Sonne und Biomasse vor Ort geschehen würde. Die Erhöhung der Akteursvielfalt macht also Sinn, doch in keinem offiziellen Dokument der EU wird diese denkbare strategische Verbindung bisher hinreichend erörtert.
- 3.21 Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass die EU das Potenzial der Zivilgesellschaft nicht umfassend genug nutzt. So wird auch der Bürgermeisterkonvent primär als eine Stütze bei der Umsetzung der von der EU gesetzten Ziele gesehen. Die Rolle des Konvents als Impulsgeber für neue politische Initiativen wird hingegen nicht ausreichend gewürdigt bzw. nicht systematisch abgerufen.

4. Die fünf Aufgaben eines Bündnisses aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft

- 4.1 Im Bündnis wird es um folgende fünf Aufgaben gehen:
- 4.1.1 Erstens brauchen wir ein besseres Verständnis, welche Klimaschutzhandlungen zivilgesellschaftliche Akteure in unterschiedlichen Rollen vorhaben und umsetzen wollen.
- 4.1.2 Zweitens sind die strukturellen Probleme und Barrieren, die einer erfolgreichen Umsetzung im Wege stehen, zu identifizieren und zu beheben. Daraus entsteht dann die Aufgabe an die Politik die bürokratischen Hürden und komplexen Verfahren zu beseitigen, die das Nicht-Handeln von zivilgesellschaftlichen Akteuren bedingen oder das Handeln maßgeblich erschweren. Mit der Mitteilung „Verbesserte Möglichkeiten für die Energieverbraucher“ hat

die EU-Kommission einen ersten Schritt in diese Richtung unternommen⁴. Er ist aber bei Weitem nicht ausreichend, u. a. weil der Prosumer-Begriff viel zu eng ausgelegt wird⁵.

- 4.1.3 Drittens sind die Erfolgsbeispiele noch besser bekannt zu machen.
 - 4.1.4 Viertens sind die entscheidenden Erfolgsbedingungen und -faktoren zu benennen.
 - 4.1.5 Fünftens gilt es, einen politischen Rahmen zu entwickeln, der die notwendigen Handlungsbedingungen schafft, damit zivilgesellschaftliche Akteure Handlungsstrategien für Klimaschutz entwerfen und umsetzen können. Die Vermittlung des Handlungsrahmens ist als Aufgabe des Mehrebenen-Regierens zu beschreiben. Denn für die Umsetzung des Handlungsrahmens ist ein gemeinsames Verständnis bei politischen Entscheidungsträgern auf europäischer, nationaler und subnationaler Ebene ebenso erforderlich wie deren koordiniertes Handeln.
- 4.2 Die Umsetzung der Aufgaben erfordert zusätzlicher administrativer Unterstützung, mit der folgende Arbeiten als Grundlage für die Diskussionen im Bündnis aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft erstellt werden müssen:
- Umfassende Erfassung der zivilgesellschaftlichen Akteure, die für Klimaschutz von unten infrage kommen.
 - Systematische Recherche von Beispielen für bereits realisiertes zivilgesellschaftliches Klimaschutzhandeln vorrangig auf regionaler oder lokaler Ebene, auf deren Basis im Diskussionsforum aktorsgruppenspezifische Prototypen definiert werden können.
 - Entwicklung und Umsetzung einer europaweiten, später auch globalen Kommunikationsstrategie der als prototypisch identifizierten Handlungsmodelle, und zwar spezifiziert nach Akteursgruppen.
 - Analyse der auf dem Diskussionsforum als prototypisch identifizierten Handlungsmodelle hinsichtlich der zentralen Erfolgsbedingungen und -faktoren mit entsprechenden wissenschaftlichen Methoden und Aufbereitung der Analyseergebnisse.
 - Unterstützung von ressourcenschwachen zivilgesellschaftlichen Akteuren, damit sie aktiv am Bündnis teilnehmen können.
- 4.3 Die Rolle von Politik und Verwaltung wird sein, dieses Bündnis – ggf. in Zusammenarbeit mit dem EWSA – zu koordinieren, sich mit den dargestellten Hindernissen auseinander zu setzen und diese möglichst abzubauen; oder zumindest klare Antworten darauf zu geben, weshalb sie glauben, dass bestimmte Initiativen eben nicht umgesetzt werden sollten.

⁴ COM(2015) 339 final.

⁵ [ABl. C 82 vom 3. März 2016, S. 22.](#)

Der notwendige Handlungsrahmen – Auswirkungen auf die Finanzierung von zivilgesellschaftlichem Klimaschutz und die Entwicklung neuer Wirtschaftsmodelle.

- 4.4 Nur wenn ein Handlungsrahmen, der die vielfältigen Rollen der Akteure der Zivilgesellschaft würdigt, die unterschiedliche Ressourcenausstattung anerkennt, Erfolgsfaktoren berücksichtigt und positive Rahmenbedingungen schafft, existiert, werden die Akteure der Zivilgesellschaft auch Zugang zu Kapital und weiteren Investivmitteln finden. Dies ist bis heute ein relevantes praktisches Problem, das von der Politik zu wenig Berücksichtigung findet. Denn das Übereinkommen von Paris hat enorme finanzielle Auswirkungen, die weit über den globalen Klimaschutzfonds in Höhe von 100 Mrd. USD jährlich hinausgehen.
- 4.5 Gerade kleine, lokale Banken und andere Fremdkapitalgeber vergeben nur dann Kredite an zivilgesellschaftliche Initiativen für Klimaschutz, wenn die Refinanzierung relativ sicher ist. Auch diese Bedingung – die wenig riskante Refinanzierung von Investitionen in Klimaschutz durch zivilgesellschaftliche Akteure – muss der politische Rahmen erfüllen.
- 4.6 Der Handlungsrahmen muss langfristige Planungs- und Investitionssicherheit schaffen. Nichts ist schädlicher für das notwendige Engagement als die Unsicherheit, die von ständigen politischen Umorientierungen ausgeht.
- 4.7 Es werden alternative Investitionsmöglichkeiten für lokal wirksame Projekte gebraucht, deren Chancen und Risiken zivilgesellschaftliche Akteure aus eigener Anschauung selbst einschätzen und managen können – beispielsweise als Mitglied in einer Genossenschaft. Wenn die Allgemeinheit erkennt, dass Investitionen „bei ihnen“ ankommen und sich nicht im Geflecht von Finanzinstitutionen und Großinvestoren anonymisieren, kann dies auch das erschütterte Vertrauen in die Finanzinstitutionen verbessern.
- 4.8 Soweit ein stabiler und solider Handlungsrahmen vorliegt, ist ein anderes Wachstum in veränderten Wirtschaftsstrukturen möglich. Für das neue „Wachstum“ wird Sozialkapital vermutlich ebenso wichtig werden wie Finanzkapital. Die Entfremdung der Arbeit wird durch die Entwicklung von Prosumkonzepten partiell aufgehoben werden, und die Arbeitsteilung wird stärker in Gemeinschaftsstrukturen organisiert werden. Hieraus ergibt sich ein immenses Potenzial für soziale Innovation, die für eine ambitionierte Klimaschutzpolitik unentbehrlich ist. Neue Rollen, die mit Prosumer, Plattformen und Aggregatoren noch ungenau beschrieben sind, entstehen. Gerade im „Prosum“ kann ein wesentlicher Erfolgsfaktor gesehen werden, um zu einer nachhaltigen Lebensführung und zum nachhaltigen Wirtschaften zu gelangen.
- 4.9 Diese neue Form der Wirtschaft ist keine Utopie, sondern wird bereits heute in zahlreichen, vor allem lokal organisierten Klimaschutzinitiativen sichtbar und insofern auch skalierbar. Skalierung, Nachahmung und Ausweitung sind nicht nur wegen der ambitionierten Klimaschutzziele dringend notwendig. Vielmehr sind sie Voraussetzung dafür, die Kosten des Wandels zu reduzieren und einen Konflikt zwischen klima- und sozialpolitischen Zielen zu vermeiden.

- 4.10 Der EWSA hebt hervor, dass im Übereinkommen von Paris ausdrücklich die Notwendigkeit einer gerechten Umgestaltung der Arbeitswelt verankert ist, was bereits auf der Klimakonferenz von Lima festgestellt wurde. Im Rahmen des neuen Wirtschaftsmodells müssen qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen werden. Möglich ist dies auf dem Wege eines starken sozialen Dialogs und über Tarifverhandlungen, in die sich die Unternehmer einbringen und die durch Inhalte bzw. Maßnahmen flankiert werden, wie bspw. durch Fortbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer zur Vermittlung der neuen Qualifikationen, die im Rahmen der Energie- und Ökologiewende erforderlich sind, und durch Maßnahmen zur Stärkung der Sozialschutzsysteme. Auch hierfür ist ein positiver Handlungsrahmen nötig. Nur dann ist es zivilgesellschaftlichen Akteuren möglich, die Beschäftigungs- und Wettbewerbsfähigkeitsverluste in einigen Sektoren, die bei einer Transformation unvermeidlich sind, zu kompensieren und wirtschaftliches Wachstum, das sozial, nachhaltig und inklusiv ist, zu ermöglichen.

Brüssel, den 14. Juli 2016

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Georges DASSIS
